69. Jahrgang Nr. 160

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe
Mittwoch, 6. April 1921

Der große englische Streik.

Eine Erklärung Lloyd Georges.

London, 5. April. (W. T. B.)

Im Unterhaus erklärte, in Erwiderung auf die Ersuchen um ein Eingreifen der Regierung im Kohlenstreit, Lloyd George, die Regierung sei gewillt, in Verhandlungen einzutreten, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß keine Rede von einer Unterstützung der Kohlenindustrie auf Kosten des Landes oder von einer Wiederaufnahme der Regierungskontrolle sein könne. Aber innerhalb dieser Grenzen gebe es ein weites Feld für Verhandlungen, und die Regierung sei gewillt zu tun, was sie könne, um die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu überwinden und ein gutes Einverständnis zwischen Bergwerksbesitzern und Bergarbeitern zu fördern. Der Bergarbeiterbund müsse jedoch helfen, daß die Bergwerke während der Verhandlungen nicht zerstört würden. Vertreter der Bergwerksbesitzer und der Bergleute müßten sofort, sei es mit oder ohne Regierungsvertreter, Schritte zur Erreichung eines Abkommens unternehmen. Darauf wurde die Debatte auf morgen vertagt.

Die Führer der Bergarbeiter sind ungehalten über die Rede Lloyd Georges. Arbeiterführer Hartshorn sagte, der Premierminister habe die Tür für jede Einigungsmöglichkeit zugeschlagen, und es gebe keine Verhandlungen zwischen den Bergarbeiterverbänden und den Bergwerksbesitzern auf der vom Premierminister fixierten Basis.

Vor Lloyd George sprach der Schatzkanzler Sir Robert Horne über die Einstellung der Arbeit in den Kohlenbergwerken, in der er sagte, die Lage sei deshalb besonders ernst, weil England einen Winter hinter sich habe, der einen außerordentlichen Niedergang im Handel gebracht habe. Der vorige Streik habe Großbritannien alle Kohlenmärkte gekostet, die es sonst heute haben würde. Nichts würde für die Industrie als Ganzes verhängnisvoller sein, als die Gewährung von Unterstützungen.

London, 5. April. (W. T. B.)

Von morgen an wird der Kensingtonpark für das Publikum geschlossen sein, da die Regierung hier ein Lebensmittelzentrum errichten wird.

Am 24. März waren in England 1 413 751 Arbeitslose eingeschrieben.

Nach dem Londoner Berichterstatter des „Echo de Paris" soll die englische Regierung angesichts der ernsten Lage in der Arbeiterfrage die sofortige Zurückberufung des Bataillons beschlossen haben, das anläßlich der Abstimmung nach Oberschlesien entsendet war.

Die Tagung der Transportarbeiter.

Noch kein Beschluß!

London, 6. April. (T. U.)

Ungefähr 400 Abgeordnete, die 35 Bünde mit einer Gesamtzahl von einer halben Million Mitglieder vertreten, waren auf der Versammlung des Nationalbundes der Transportarbeiter anwesend. Als die Abgeordneten den Saal betraten, erhielten sie ein Manifest der Bergarbeiter, daß die Bergarbeiter ausgeschlossen worden sind, und daß auch ein gleiches Schicksal den anderen Arbeitern droht. Darum erwarten die Bergarbeiter jetzt eine entscheidende Aktion von ihnen. Die Verwaltung des Bundes machte in der Versammlung keine Vorschläge, sondern wird es den Abgeordneten überlassen, morgen eine Entscheidung zu fällen.

Der Krieg in Kleinasien.

Die griechischen Mißerfolge.

Athen, 6. April. (Agence d'Athènes.)

Alle Pressenachrichten aus Smyrna sind darin einstimmig, daß der erste Teil der militärischen Operation in Kleinasien beendigt ist. Die den Operationen gesteckten Ziele wurden erreicht; durch die Einnahme von Afiumkarahissar sind die kemalistischen Truppen in Cilicien daran gehindert worden, mit starken Kräften vorzugehen. Nach Erkundungsvorstößen vor Eskischehir gingen die griechischen Truppen auf ihre Stellungen bei Kowalika zurück. Sie besetzten einen Punkt 40 Kilometer von Afiumkarahissar. 10 Flugzeuge bombardierten Eskischehir und stellten Brandwirkung fest.

London, 6. April. (Dena.)

Nach aus Smyrna hier eingegangenen Nachrichten haben die Türken tatsächlich den Vormarsch der Griechen völlig zum Stehen gebracht. Bei Eskischehir finden überaus heftige Kämpfe statt. Die Türken haben in einer starken Stellung nördlich Eskischehir ihre Haupttruppenmassen konzentriert und verfügen über sehr starke Artillerie.

Der Bund zwischen Moskau und Kabul.

Englische Besorgnisse.

London, 5. April. (W. T. B.)

Ein Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt, Persönlichkeiten, die in verantwortlichen Stellungen mit der Verteidigung Indiens betraut seien, seien der Ansicht, der Vorfall in Moskau sei vielleicht weit fortgeschritten; an anderen Stellen sei jedoch die treibende Kraft des Bolschewismus so stark wie je. Diese Persönlichkeiten sähen den Vertrag zwischen Moskau und Afghanistan mit der allergrößten Besorgnis an. Vom rein militärischen Standpunkt aus gesprochen sei die Lage so, daß die Bolschewisten sich eng mit allen Plänen verbinden, die die Regierung von Kabul gegen Indien entfalten kann.

Exkaiser Karls Nachhausefahrt.

Plötzliche Unterbrechung der Reise in Bruck. — Eisenbahner fordern den offiziellen Thronverzicht. Weiterfahrt in den Morgenstunden.

Wien, 6. April. (Privat.)

Die Reise des Exkaisers Karl durch Oesterreich hat unterwegs eine plötzliche Unterbrechung erfahren. Nachdem der Zug ohne Zwischenfälle um 9 Uhr abends die Station Graz passiert hatte, sammelten sich in Bruck an der Mur in Steiermark Tausende von Eisenbahnarbeitern und bemächtigten sich des Bahnhofes. Sie verlangten, daß der Exkaiser einer Arbeiterabordnung die Erklärung abgebe, daß er nie wieder den Versuch machen werde, nach Oesterreich zurückzukommen. Falls er diese Erklärung nicht abgebe, drohten sie, ihn aufzuhängen. Der Zug des Exkaisers blieb außerhalb der Station bei Frohnleiten stehen. Der Zug, der bis zur Stunde von den Arbeitern noch umzingelt ist, wird von den mitgenommenen fünfzig Polizisten bewacht. Es wurden Verhandlungen eingeleitet, um dem Exkaiser die Durchfahrt durch Bruck zu sichern, doch sind die Unterhandlungen, an denen sich auch die mitgefahrenen Ententeoffiziere beteiligten, bis 1 Uhr morgens ergebnislos verlaufen.

Wien, 6. April. (W. T. B.)

Nach Abschluß der Besprechungen mit der Bruck-Arbeiterschaft hat der Sonderzug mit Exkaiser Karl seine Fahrt von Frohnleiten in den ersten Morgenstunden fortgesetzt.

Das Nachspiel im ungarischen Parlament.

Die Möglichkeit einer Kabinettskrise.

Budapest, 6. April. (T. U.)

In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wird Ministerpräsident Graf Teleki alle Einzelheiten und die Namen der Personen, die bei dem Plan als kompromittiert erscheinen, der Oeffentlichkeit ausliefern. Er wird aber dabei nach wie vor den Standpunkt vertreten, daß Karl der gekrönte König von Ungarn ist, und es wird auf eine Kraftprobe mit den Antihabsburgern ankommen, die leicht zuungunsten des Kabinetts ausfallen kann.

Wien, 6. April. (W. T. B.)

Wie die „Neue Freie Presse" aus Budapest meldet, wird in den Kreisen der kleinen Landwirte die Idee erörtert, die Königsfrage praktisch dadurch auszuschalten, daß das Amt des Reichsverwesers, das gegenwärtig auf unbestimmte Zeit verliehen ist, auf eine bestimmte engere Frist beschränkt wird. Nach den gestrigen Parteikonferenzen müsse die Lage der Regierung in Ungarn noch immer als ernst bezeichnet werden.

Was wird aus Oberschlesien?

General Le Rond in Paris.

Paris, 6. April. (W. T. B.)

General Le Rond, der Vorsitzende der interalliierten Volksabstimmungskommission in Oberschlesien, wird nach dem „Petit Parisien" heute in Paris eintreffen. Seine Anwesenheit werde nur kurz sein, sie hänge aber jedenfalls mit den Arbeiten der Kommission über die Festsetzung der Grenzen in Oberschlesien zusammen. Erst, nachdem General Le Rond nach Oberschlesien zurückgekehrt sein wird, werde die Erörterung über die Grenzfestsetzung beginnen.

Paris, 6. April.

Das „Journal" teilt mit, daß die interalliierte Volksabstimmungskommission in Oberschlesien erst nach dem 15. April dazu kommen werde, mit der Ausarbeitung der Grenzlinie zu beginnen. Augenblicklich prüfe man Gemeinde für Gemeinde das Volksabstimmungsergebnis nach.

Knox macht einen neuen Zusatz.

Die neue "Gesellschaft der Nationen".

Paris, 6. April. (W. T. B.)

Wie Stefan Lauzanne dem „Matin" aus New-York berichtet, hat Senator Knox die Absicht, seiner Resolution folgende Zusatzklausel beizufügen: Um unsere Pflicht gegenüber der Welt und gegenüber uns selbst vollständig und würdig zu erfüllen, erklären wir, daß die amerikanische Politik folgende sein wird: Wenn Freiheit und Friede Europas aufs neue durch eine Macht oder durch eine Kombination von Mächten bedroht werden, werden die Vereinigten Staaten diese Lage mit Ernst und Ruhe betrachten und darin eine Bedrohung ihres eigenen Friedens und ihrer eigenen Freiheit erblicken. Sie werden sich alsbald mit den anderen gefährdeten Ländern beraten, um eine solche Bedrohung zu beseitigen und wenn sich die Notwendigkeit dazu herausstellt, mit den Freunden der Zivilisation diese verteidigen. Senator Knox werde diesen Text eine Begründung hinzufügen, in der er sagt: Wenn eine ähnliche Erklärung von anderen Nationen angenommen würde, würde dadurch eine viel stärkere Gesellschaft der Nationen gefördert werden als jede andere. Durch seine Resolution werde auch die Schaffung eines internationalen Gerichtshofes und internationalen Untersuchungsausschusses nicht behindert werden.

Wie T. U. aus New-York meldet, fassen verschiedene einflußreiche Blätter eine Vermittlerrolle der Vereinigten Staaten bei den noch schwebenden Fragen zwischen Deutschland und den Verbündeten im günstigsten Sinne ins Auge.

In einer Besprechung der Antwort der amerikanischen Regierung auf das deutsche Memorandum in der Reparationsfrage schlägt „New York Herald" vor, da Dr. Simons Deutschlands Reparationspflicht anerkannt habe und Hughes über dieses unzweideutige Zugeständnis erfreut sei, sollte eine dritte Partei als Schiedsrichter fungieren, um die deutsche Zahlungsfähigkeit zu bestimmen.

London, 6. April.

„Morning Post" meldet aus Washington, es sei Viviani klargelegt worden, daß es im Interesse Frankreichs liege, wenn die Vereinigten Staaten einen baldigen Frieden mit Deutschland schließen, da Frankreich vor allem augenblicklich die deutsche Entschädigung brauche, und Deutschland seine Reparationen nicht bezahlen könne, wenn man nicht zu einigermaßen normalen Umständen zurückkehre, und daß der deutsch-amerikanische Friede zur Herstellung dieser Lage von großem Nutzen sein werde, denn, wenn der Friede hergestellt sein werde, könne Deutschland in den Vereinigten Staaten Kredite und Rohstoffe erhalten, es könne dann an die Arbeit gehen und daran denken, Frankreich zu bezahlen.

Faustschläge ins Leere.

Die Senatsrede Briands.

H. D. Aristide Briand, Frankreichs gestenreicher Premier, sprach im Senat mit erhobener Stimme von der starken Faust, die auf Deutschland herniedersausen würde, wenn es noch einmal versuchte, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen. Marschbereite Bataillone, blockierende Dreadnoughts und die immer enger zusammengezogene Zwangsjacke wirtschaftlicher Maßnahmen vereinigen sich zu einer gewaltigen Aktion, durch die Deutschland gezwungen werden soll, die Reparation zu leisten, wie sie im Januar in Paris vereinbart und in London als Grundlage neuerdings bestätigt wurde.

Zielstrebig sucht die französische Politik aus Deutschland herauszuholen, was irgend vorhanden ist. „Alles, was Deutschland besitzt, garantiert uns die Schuld", sagt Aristide. Geht er den richtigen Weg, diese Garantien sich nutzbar zu machen? Er wird sich darüber klar sein müssen, daß die Generale Frankreichs, Großbritanniens und Belgiens bei ihren Vormärschen in deutsches Land wie einst in so manchen Felddienstübungen des Friedens, den Feind durch rote oder andersfarbige Fahnen markieren müssen, und daß sie siegen werden, ob sie nun die Gurte ihrer Maschinengewehre mit scharfen oder mit Platzpatronen füllen. Er wird sich erinnern müssen, daß beim Frühjahrsfeldzug im März die Bevölkerungen von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort den Einzug der Sieger mit einer Ruhe ertrugen, die beileibe nicht auf Gleichgültigkeit gegenüber den neuen, das gemeinsame Vaterland treffenden Schicksalsschlägen, wohl aber auf der Erkenntnis beruhten, daß die Zeiten vorüber sind, in denen die Schicksale der Völker durch Waffengewalt entschieden wurden. Militärische Spaziergänge vermögen wohl den französischen Pfahlbürger und Wähler des „bloc national" zu beeinflussen, für Augenblicke selbst zu berauschen, darüber hinaus aber verhallt der Schritt der marschierenden Truppe wirkungslos und zeigt nur das eine, daß noch heute große Aufwände nutzlos vertan werden.

Es kann nicht zweifelhaft sein, daß die Wirkung aller irgendwie wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen ungemein viel empfindlicher ist. Wenn die Entente auch weiterhin der Führung durch die französische Kammermehrheit folgt und Lloyd George mehr und mehr die Bahnen alter, auf Erwägungen der Vernunft basierter englischer Politik verläßt, ist man wohl in der Lage, durch immer neue Reparationsbills Deutschland in wirtschaftliche Schwierigkeiten zu stürzen. Man wird Augenblickserfolge erringen können, wird aber über kurz oder lang trotz oder gerade wegen aller über Deutschland hereinbrechenden Nöte einsehen müssen, daß alle Siege nur Scheinsiege waren, daß man sich vom Ziele entfernt, anstatt ihm näher zu kommen.

Wie liegen die Dinge? Die Entente will eine Reparation; Deutschland soll zahlen und, soweit seine Kräfte vermögen, die Wirtschaft der durch den Krieg gleich uns unendlich geschwächten Ententestaaten wiederaufrichten helfen. Durch unsere Unterschrift unter den Friedensvertrag sind wir der Entente verschuldet, und wir haben erklärt, dieser Verpflichtung bis auf den Rest des Möglichen nachzukommen. Hat je ein Gläubiger den ihm Verpflichteten erfolgreich gedrängt, wenn er ihn immer nur schwächt und in stets erneuter Vergewaltigung ihm die Kräfte nimmt, sich wirtschaftlich wiederaufzurichten? Die Entente will Werte; gebe sie uns die Möglichkeit, solche zu schaffen! Je mehr wir darben, um so weniger werden wir leisten können! Je gepanzerter die Faust ist, um so mehr wird sie, wenn man die Dinge ganz kritisch prüft, letzten Endes ins Leere treffen. Denn jeder Hieb, mag er noch so wuchtig sein, wird Deutschlands Kräfte verringern, die nötig sind, um der Reparation auch nur annähernd nachzukommen. Vom Standpunkt der Entente aus sind es nur Schläge ins Leere, wie sehr sie uns schmerzen mögen.